

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Rottenburg verschmäht mehr Gewerbesteuererinnahmen

#### Die LINKE lehnt den Haushalt 2019 ab

**Rottenburg brauche unbedingt mehr Gewerbesteuern. So tönte es monatelang aus dem Rathaus, gemeinsam von CDU und SPD innerhalb und außerhalb des Gemeinderats. Dafür sollten fruchtbare Ackerflächen für Bio-Landwirtschaft vernichtet und auf dem Galgenfeld 25 ha Gewerbe ansiedelt werden.**

Mehr Gewerbesteuern, um angeblich Erzieherinnen besser bezahlen zu können und um in „Schulen, Hallen, innerörtlichen Straßenbau, Stützpunktbauhöfe, Internetausbau und Wohnungsbau“ zu investieren, so Gabriele Hagner und Horst Schuh (beide CDU). Sonst verkomme Rottenburg zur „Schlafstadt“ (SPD-Bürgermeister Bednarz). Dr. Cuno (WiR) warf den Kritikern des Gewerbegebiets Galgenfeld sogar vor, „Schmarotzer“ auf Kosten anderer Städte zu sein. Bei der Beratung über den Haushaltsantrag der **LINKE** stellte er vor Weihnachten provokativ den Antrag, die Gewerbesteuern sogar zu senken!

Tatsächlich könnte Rottenburg problemlos mehr Gewerbesteuern einnehmen, wenn es den örtlichen Hebesatz wenigstens auf den Landesdurchschnitt

von 369 Punkten (Gemeindefinanzbericht des Gemeindetags Baden-Württemberg) anhebt. Diesen Hebesatz kann jede Kommune selbst bestimmen. In



Rottenburg beträgt er seit 1994 unverändert nur 350 Punkte, in Horb 370 Punkte, in Herrenberg, Reutlingen und Tübingen jeweils 380 Punkte, in Nagold sogar 390 Punkte.

Rottenburg versucht Betriebe aus den Nachbarstädten durch niedrige Gewerbesteuern abzuwerben. Das ist schäd-

lich für die Volkswirtschaft und führt zum Flächenfraß durch Betriebsverlagerung (Betriebehopping) an Bundesstraßen und Autobahnen, wie man das an der B 27 und der A 81 beobachten kann. **Gegenwärtig liefern sich Städte wie Rottenburg, Horb, Herrenberg und Empfingen einen ruinösen Konkurrenzkampf für mehr Gewerbe.**

In ihrer „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002“ sieht die Bundesregierung bis 2020 einen täglichen Flächenverbrauch von höchstens 30 Hektar pro Tag (Siedlungs- und Verkehrsflächen) vor. Für Baden-Württemberg würde das höchstens 1.460 Hektar im Jahr bedeuten – in den Jahren 2011-2015 waren es jährlich etwa 2.100 Hektar. Um dem Ziel für 2020 wenigstens etwas näher zu kommen, mahnt Helmut Eck (Geograph, Uni Tübingen) zur Nachverdichtung, Bauleitplanung und einer effektiven Rechtsaufsicht über die Kommunen: „Ferner ist die Konkurrenz von Kommunen bei der Anwerbung von Unternehmen zurückzudrängen, die darauf abzieht, Gewerbe auf neu erschlossenen (und stark subventionierten) Flächen anzusiedeln.“ (Tübinger Blätter, 2019). Aber von solchen Ideen sind die >>>

Lesen Sie weiter: **Mietwohnungsbau beschleunigen!** Seite 4

**S21 - Umfaller, Stehaufmännchen und Heimatvertriebene** Seite 5

**Unter Rebellen und Widerständlern auf Ikaría** Seite 7

**Vom Nick-Negerle und den Nick-Neherles** Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Rathausspitze und die Mehrheit im Gemeinderat meilenweit entfernt!

Für Rottenburg würde die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 369 Punkte Mehreinnahmen von etwa **800.000 Euro bringen – pro Jahr!** Geld, das dringend für die Investitionen in Sporthallen, Kitas, Schulen und Pflegeheime (Ergenzingen!) gebraucht würde.

**Diese Anhebung verhinderten CDU,**

**SPD, Grüne, WiR und JA-Fraktion.** Dadurch fällt ihr Argument endgültig ins Wasser, nur mehr Gewerbeflächen bringen mehr Gewerbesteuern!

Da sich der Gemeinderat mit dieser Ablehnung jegliche Möglichkeit genommen hat, die notwendigen Investitionen in Wohnungsbau, in Sanierung von Schulen, Sporthallen und Kitas schneller anzupacken, haben die Vertreter der **LINKE** im Gemeinderat

beschlossen, diesen Haushalt abzulehnen.

**Merke: CDU-Grüne-SPD – tun dem Kapital nicht weh!**



**Dr. Emanuel Peter**

Gemeinderat  
Kreisrat  
**„DIE LINKE“**  
Rottenburg

## Haushaltsantrag **DIE LINKE** im Dezember 2018:

### Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes in Rottenburg auf den Landesdurchschnitt, d.h. auf 369 Punkte

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden zum einen durch die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Zum zweiten hängen sie maßgeblich ab von der kommunalen Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes, der in Rottenburg 1994 letztmalig verändert wurde.

In Baden-Württemberg haben 57 Kommunen allein im Jahr 2018 ihren Hebesatz angehoben. Durch die Anhebung des Hebesatzes können die Einnahmen der Stadt verbessert werden und z.B. die Erzieherinnen leistungsgerecht bezahlt werden. Außerdem wird dadurch verhindert, dass Unternehmen Kommunen untereinander auspielen und eine Konkurrenz zwischen ihnen entsteht, die volkswirtschaftlich schädlich ist.

## Soziale Spaltung überwinden

Die Zeit zwischen den Jahren ist immer auch die Zeit des Innehaltens und der eher grundsätzlichen Fragen. Tübingen diskutiert dank engagierter Studierender, die den Kupferbau besetzt hatten, endlich einmal öffentlich über das geplante „Cyber Valley“. Neben einer kritischen Diskussion künstlicher Intelligenz stehen auch die Geldgeber im Fokus, so der Internetgigant **Amazon**, der zudem eine Ansiedlung in Tübingen plant.

Ich halte das Liebäugeln mit Amazon von Seiten der Stadt und der Universität für mehr als fragwürdig. Amazon ist zentraler Dienstleister des US-Militärs und betreibt auch die Cloud-Dienste für den US-Geheimdienst CIA. Der Konzern ist bekannt für seine miserablen Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsfeindlichkeit. Nicht ohne Grund wurde Konzernchef Jeff Bezos zum reichsten Mann des Planeten. Amazon betreibt ein Steuervermeidungssystem in Europa, und vor seiner Marktmacht knicken ganze Regierungen ein. Auch ökologisch gesehen ist die nun aufge-

deckte Praxis des Konzerns, massenhaft Retouren und neuwertige Ware zu vernichten, inakzeptabel. Neue Kühlschränke, Waschmaschinen, Handys, Tablets, Möbel et cetera landen täglich im Schredder, da es billiger ist, diese zu zerstören als zu spenden oder zu lagern.

Die Argumentation der Universität, mit künstlicher Intelligenz würden Menschheitsprobleme gelöst und dazu wäre die Unterstützung von Amazon willkommen, ist daher zu hinterfragen. Amazon ist nicht Lösung, sondern Teil des Problems mit seiner weltumspannenden Ressourcenverschleuderung, seiner Profitmaximierung auf Kosten von Umwelt und Beschäftigten. Diese wehren sich gerade in Deutschland mit Streiks für einen besseren Tarifvertrag. Sie benötigen Solidarität.

Auch bei den „Real“-Supermärkten wird gegen Tariffucht, Missbrauch von Leiharbeit, Lohndumping gekämpft. Dass nun Gewerkschafter wie der Tübinger Tobias Kaphegyi von

Seiten der Staatsanwaltschaft für dieses Engagement kriminalisiert werden, ist ein Angriff auf gewerkschaftliche Arbeit. Die Vorwürfe sind haltlos und sollen offenbar einschüchtern. Deshalb findet am 2. Januar um 8.45 Uhr vor dem Tübinger Amtsgericht eine Protestkundgebung statt. **Die soziale Spaltung im Land zu überwinden, ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.** In diesem Sinne wünsche ich uns mehr Mut für eine soziale, ökologische und solidarische Politik für Alle und ein gesundes und friedlicheres Jahr 2019.



**Heike Hänsel, MdB**

Stellvertretende Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Bundestag  
28. Dezember 2018

(Hervorhebungen durch die Redaktion)

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Bitte vormerken!**

## **Herzliche Einladung: Kommunalwahlen 2019**

---

Liebe MitstreiterInnen, liebe Interessierte!

In den vergangenen neun Jahren hat **DIE LINKE** in Rottenburg innerhalb und außerhalb des Gemeinderats einiges in Bewegung gesetzt: Sozialen Wohnungsbau durch eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft (WBR), neun neue Kita-Gruppen südlich des Neckars, Obst für Kinder in den Kitas und Grundschulen, quecksilberfreie Beleuchtung in Kitas und Schulen, konstruktive und eindeutige Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen das Gewerbegebiet Galgenfeld, kostenloses Parken in der Innenstadt am Wochenende und und und ...

**Am 26. Mai 2019**

sind wieder **Kommunalwahlen** (und Europa-Wahlen).

**DIE LINKE** will im Gemeinderat Rottenburg zahlreicher werden und mit mindestens drei Gemeinderatsmitgliedern Fraktionsstärke erreichen. Deshalb will sie eine vollständige, **offene Linke Liste**, die auch Nicht-Mitgliedern offen steht, mit 32 Kandidatinnen und Kandidaten einreichen – jede/r Wähler/in hat 32 Stimmen - und bittet um eure Unterstützung.

Wir laden alle ein, die sich schon zur Kandidatur bereit erklärt haben, und die, die sich eine Unterstützung (auch zunächst aus dem „Hintergrund“) vorstellen können.

Ein Kennenlernen der Kandidatinnen und Kandidaten und erste Diskussion über ein gemeinsames Kommunalwahlprogramm für Rottenburg:

**Rottenburg braucht einen unmissverständlichen Politikwechsel und eine starke sozialökologische Opposition – im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit.**

Helft dabei mit:

**Mittwoch, 6. Februar 2019. um 19 Uhr im AWO-Heim, St. Moriz-Platz 7**

Im Namen der Ortsvorstandes **DIE LINKE** Rottenburg  
Dr. Emanuel Peter (Gemeinderat und Kreisrat)

# Mietwohnungsbau beschleunigen!

## Stadt hat Fürsorgepflicht für 600 Personen

Mitte Dezember begann mit dem Spatenstich auf dem ehemaligen DHL-Gelände der Bau von 57 Neubauwohnungen, davon über die Hälfte im geförderten Wohnungsbau. Rottenburgs kommunale Wohnungsbaugesellschaft WBR investiert 15,8 Mio. Euro, im Herbst 2020 sollen die Wohnungen bezugsfertig sein.

Auf Anfrage der Linken im Gemeinderat musste die Stadt eingestehen, dass sie gegenwärtig eine Fürsorgepflicht für rund 600 Personen hat, etwa 420 Personen mit Wohnberechtigungsschein, 100 Personen in der Anschlussunterbringung und 80 Personen in Obdachlosigkeit.

Wohnungsbau, so OB Neher im Dezember 2017, gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb ist **DIE LINKE** jahrelang für die Umwandlung der Gewerbebrache DHL in ein Wohnungsgebiet eingetreten und hat sich für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft stark gemacht.

Rottenburg braucht in den nächsten Jahren weit mehr als jährlich 30 preiswerte Mietwohnungen. Denn unsere Stadt wird in den nächsten Jahren um etwa 3.000 Personen wachsen, vor allem durch Binnenwanderung aus anderen Bundesländern und durch Bevölkerungszuwachs. Hinzu kommt der Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt durch das geplante Cyber Valley in Tübingen mit zahlungskräftigen Spezialisten. Das wird sich in Rot-

tenburg bemerkbar machen, auch wenn Uni-Rektor Engler abwiegelt. Für all diese Personen reicht der geplante Wohnungsbau der WBR und die Sanierung der 92 Wohnungen, die die Stadt als Bestand in die WBR eingebracht hat, nicht aus. Dies musste OB Neher im Sozialausschuss indirekt zugestehen, als er einen zweiten

„Hammerwasen“ in Aussicht stellte, aber dafür im Haushalt keine Finanzierung vorsah. Im „ersten“ Hammerwasen sind 18 Wohneinheiten für maximal 90 Geflüchtete entstanden.

Aus diesen Gründen forderte **DIE LINKE** in einem Haushaltsantrag, die WBR (Wohnbau Rottenburg am Neckar) mit zusätzlich 500.000 Euro auszustatten, um eine schnellere Planung und Realisierung von preiswertem Wohnraum zu ermöglichen. Dieses Geld hätte einen dreifachen Nutzen für Rottenburg.

- Zum einen hilft es Menschen, die besondere Probleme bei der Suche nach passendem Wohnraum haben (Preis, Größe, „Kreditwürdigkeit“).
- Zweitens lindert es für alle Wohnungssuchenden den aktuell enormen Druck durch steigende Mietpreise: Mehr preiswerte Neubauwohnungen drücken den Preis auf dem „Markt“.
- Drittens werden mit dem Zuschuss die städtischen Rücklagen für mögliche Konjunkturkrisen erhöht, da

diese Gelder nicht Privatinvestoren zukommen, sondern der städtischen (Spar-)Kasse WBR.

**Der Antrag der Linken wurde mehrheitlich abgelehnt.**



Auf ihrer Homepage feiern sich die Grünen als einzige, die „verlässlich für ein

flächenschonendes Bauen eintreten“, um ihr jahrelanges Versagen beim preiswerten Mietwohnungsbau zu kaschieren. Stattdessen wollen sie mit einer halben Stelle für eine/n Wohnungsbaubeauftragte/n die Probleme von „3.000 fehlenden Wohnungen“ (Phantasiezahl von J.Bischof) lösen. Er/Sie soll freistehenden Wohnraum in den 17 Teilorten finden, was die Ortsvorsteher ohnehin tun. Für die Kernstadt gibt es schon eine Leerstandsborse und fünf leerstehende Gebäude, bei denen die Stadt als Vermittler auftritt. Also noch eine neue Stelle und das als zeitaufwändige Doppelstruktur neben der WBR?

**Es ist eine merkwürdige Vorstellung, die Wohnungsnot durch Detektivarbeit statt durch Neubau zu lösen. Der Grünen-Antrag sollte wesentlich davon ablenken, dass sie mehr Geld für die kommunale WBR ablehnen!**

**Dr. Emanuel Peter**, Gemeinderat

## No Cyber Lied

Die Gedanken sind frei,  
wer kann sie erraten,  
sie fliehen vorbei  
wie nächtliche Schatten.  
Kein Mensch kann sie wissen,  
kein Jäger erschießen,  
es bleibt dabei:  
die Gedanken sind frei.

Frei sind sie ja schon,  
doch kann man sie messen,  
Google und Amazon  
sind davon besessen,  
bald können sie lenken,  
was wir uns so denken,  
gegen Cyber-Valley sein,  
lass Gedanken befreien!

Die Gedanken, o Schreck,  
sie woll'n sie erforschen,  
Digitales Hi-Tec,  
geleitet von morschen  
Ausbeutungs-Systemen,  
die sollen uns lähmen  
für schnöden Profit.  
Doch da spiel'n wir nicht mit!

Unsere Gedanken-Welt,  
wenn sie sie mal kennen,  
machen sie daraus Geld,  
uns bleibt nur zu rennen,  
Überwachung und Waffen,  
ist das, was sie schaffen.  
Cyber-Valley stoppen wir,  
mein Gedanke gehört mir!

Melodie: Die Gedanken sind frei  
Verfasser: Rebellischer Chor  
Hausbar Wohnprojekt Schellingstraße

# Stuttgart 21

## Von Umfallern, Stehaufmännchen und politisch Heimatvertriebenen

Seit Ende 2009, also seit fast 10 Jahren, formiert sich aktiver Widerstand gegen Stuttgart 21. Dieser kochte im Sommer 2010 erst richtig hoch, als der Nordflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs abgerissen wurde. Einige, die anfangs entschieden gegen S21 waren, sind es heute nicht mehr und schwimmen lieber im Strom der Befürworter mit. Die Gründe dafür sind vielfältig. Manche werden im Laufe der Jahre einfach nur mürbe. Der Club der Umfaller wird jedenfalls nicht kleiner. Aber es gibt auch andere, die wieder aufstehen, und solche, die ihre politische Heimat verloren haben.

Eine Galionsfigur unter den Umfallern ist zweifellos **Winfried Kretschmann**. Hört man seine feurigen Reden vor Demos gegen S21 aus dem Jahr 2010, so ist dieser Mann nicht wiederzuerkennen. Kaum hatte er das Amt des Ministerpräsidenten angetreten, kippte er um, stammelte von direkter Demokratie und gab vor, S21 jetzt „konstruktiv-kritisch“ zu begleiten. Von einer kritischen Haltung war allerdings nichts mehr zu spüren, er machte eine Kehrtwende um 180 Grad und verbündete sich mit den Projektbefürwortern. Mit dem Tunnelbohrmaschinenhersteller Herrenknecht setzte er sich medienwirksam in Szene, quasi als Werbung für dessen Unternehmen und für Stuttgart 21. Die „Legitimation“ für sein Handeln holte er sich aus der sog. „Volksabstimmung“. Hierbei ging es nicht darum, ob S21 gebaut werden sollte oder nicht, sondern um den Ausstieg des Landes aus dem Finanzierungsvertrag. Zwar hat sich bei der Abstimmung eine Mehrheit dagegen ausgesprochen, doch dieses Ergebnis hat schon deshalb keine Rechtswirkung, weil zu wenige Wahlberechtigte abgestimmt haben und das sogenannte Quorum nicht erreicht wurde. Darüber hinaus wurden die Wähler von den Projektbefürwortern regelrecht belogen, betrogen und bewusst falsch informiert.

Als der Widerstand im Jahr 2010 so richtig hoch kochte, erklärten beide großen Kirchen, sich neutral zu verhalten. Aber kaum jemand ahnte, dass Kretschmann eine jahrzehntelange Männerfreundschaft zum Rottenburger

Bischof **Gebhardt Fürst** pflegte, was erst kürzlich anlässlich dessen 70. Geburtstag bekannt wurde. Wen wundert es da, dass der Bischof an mindestens einer Tunneltaufe teilgenommen hat?

Nachdem sich in den letzten Jahren Skandal an Skandal reihte, das Projekt



total aus dem Ruder lief, und dies nicht nur bei den Kosten, bekommt Kretschmann jetzt offenbar kalte Füße und erklärt, dass alles, was die Gegnerschaft einst befürchtet hatte, „leider eingetreten“ ist. Aber anstatt seinen Fehler einzugestehen, behauptet er gebetsmühlenartig, „die Volksabstimmung gilt“, S21 müsse gebaut werden.

Auch der Tübinger OB **Boris Palmer** war einst erbitterter S21-Gegner und legte glanzvolle Auftritte bei der Geißler'schen Schlichtung hin. Doch es dauerte nicht lange, bis er es vorzog, die geschaffenen „Fakten“ zu akzeptieren anstelle sich weiterhin gegen das Projekt zu positionieren. Da der Bau seiner Meinung nach schon zu weit fortgeschritten war, sei es besser, S21 zu Ende zu bauen. Damit ist Palmer der Taktik der Befürworter erlegen, möglichst viele Fakten zu schaffen, damit das Projekt „unumkehrbar“ wird.

Aus der Anfangszeit ist vielen noch die BUND-Landesvorsitzende **Brigitte Dahlbender** bekannt, einst eine entschiedene S21-Gegnerin und Mitstreiterin. Bereits 2014 hatte sich der BUND aus dem Aktionsbündnis gegen S21 zurückgezogen. Jetzt machte Dahlbender einen weiteren Rückzieher, hält vielleicht eine Art Kombibahnhof gerade noch für machbar, während sie das Alternativprojekt „Umstieg 21“ als nicht realisierbar ablehnt.

Verkehrminister **Winfried Hermann** dagegen entpuppte sich als das Stehaufmännchen des Jahres 2018 und trat aus dem Schatten des mächtigen Überwältigers Kretschmann heraus, indem er

öffentlich und medienwirksam verkündete: „**Stuttgart 21 ist die größte Fehlentscheidung der Eisenbahngeschichte**“ (wir berichteten). Das brachte ihm von allen Seiten scharfe Kritik ein.

Aber es gibt noch einen, der hier erwähnt werden soll, der ganz und gar kein Umfaller ist: **Martin Herrenknecht**, bekannt als eiserner Befürworter, da er die Tunnelbohrmaschinen für S21 liefert. Seit Jahrzehnten war die CDU seine politische Heimat und ein Garant für fette Aufträge.

Doch die CDU befindet sich bekanntlich im Umbruch. Seit Kurzem ist Angela Merkel („Mutti“) nicht mehr Parteivorsitzende, sondern Annegret Kamp-Karrenbauer, wegen dieses umständlichen Namens auch gerne „AKK“ genannt. Sie gilt als der neue „Hoffnungsträger“, der „neue Stern am Himmel der CDU“ und tritt wahrscheinlich auch als nächste CDU-Kanzlerkandidatin an. Ihre Einstellung zu Stuttgart 21 hat sie bisher noch nicht kund getan, die bleibt abzuwarten. Das bringt aber das politische Weltbild des Herrn Herrenknecht, für den die CDU bisher ein „Ort der Geborgenheit“ war, mächtig ins Wanken. Ihm wäre der nur knapp bei der Wahl unterlegende Friedrich Merz als neuer CDU-Parteivorsitzender lieber gewesen, der für die Wirtschaft eher konservativere Ansichten vertritt. Wie viele andere auch, wollte Herrenknecht deshalb aus der CDU austreten. Dies wäre aber ein zu großer Verlust für die CDU gewesen, so dass ihm sogar „Mutti“ gut zu reden musste, zu bleiben, mit dem Ergebnis, dass er jetzt seine Parteizugehörigkeit zunächst für ein Jahr ruhen lässt. Bleibt abzuwarten, ob sich Herrenknecht in der CDU bald wieder „heimisch“ fühlt.

Wir jedenfalls bleiben standhaft und fallen nicht um, setzen uns weiterhin für das Alternativprojekt „Umstieg 21“ ein und wollen deshalb auch in Zukunft

## OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

# „Kein schöner Land“ - aber nicht für Ergenzingen?

## Neuer Flop von OB Neher zum Flächenfraß

In Rottenburgs Kino „Waldhorn“ lief kürzlich der Film „Kein schöner Land“, der mit eindrucksvollen und anschaulichen Bildern den Flächenfraß durch immer neue Gewerbegebiete im Großraum Reutlingen und den wachsenden Widerstand der Bevölkerung zeigt.

Im Publikum des Waldhorn fanden Film und Aussagen der anwesenden Regisseurin großen Beifall. Deshalb wollten Mitglieder der Ortschaftsratsliste „Bürger für Ergenzingen“ den Film auch in der Aula der Gemeinschaftsschule in Ergenzingen zeigen und stellten einen Antrag für diesen Raum.

Ortsvorsteher Reinhold Baur (CDU), unfähig zu einer eigenen Entscheidung, fragte im Rathaus der Kernstadt nach. OB Neher ließ durch Marina Teichert, der stellvertretenden Leiterin des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerengagement (!), den Antrag ablehnen,

weil es sich bei dieser Info-Veranstaltung um eine „politische Veranstaltung“ handle und „die Satzung“ dies nicht zulasse:

„Für Wahlveranstaltungen und politische Veranstaltungen jeder Art von

zungsbedingungen der genau bezeichneten Räume im Rathaus der Kernstadt, die auf einmal auch für die Schulmensa in Ergenzingen gelten sollen, von der in der Satzung nirgendwo die Rede ist!

„Zensur ist die mit Machtmitteln versehene Kontrolle menschlicher Äußerungen. Sie führt bei Bedarf zu rechtsförmigen und außerrechtlichen Sanktionen. Beispielsweise zur Behinderung, Verfälschung oder Unterdrückung von Äußerungen vor oder nach ihrer Publizierung. Durch die Bedrohung der beruflichen/bürgerlichen Existenzen zielt Zensur auf die Internalisierung von Herrschaftsansprüchen. Selbstzensur ist das Resultat erfolgreicher Zensur. Zensurmaßnahmen sollen die öffentliche Meinung vor Äußerungen schützen, welche die bestehende Ordnung gefährden könnten.“

Quelle des Zitats. Michael Kienzle und Dirk Mende: Zensur in der BRD. Fakten und Analysen, Carl Hanser Verlag, München Wien 1980, S.231

Parteien und Wählervereinigungen stehen die Räumlichkeiten des RATHAUSES der Stadt Rottenburg am Neckar nicht zur Verfügung“. Der Mail angeheftet sind die Nut-

Diese doppelte Willkür von OB Neher, nämlich die Info-Veranstaltung als „politische“ Veranstaltung ohne jegliche Begründung einzuordnen und die Schulmensa einem Raum im Rathaus der Kernstadt gleichzusetzen, zeigt die Hilflosigkeit und Angst der Rathausspitze, auch in Ergenzingen könnte es bald Protest gegen weiteren Flächenfraß geben, zum Beispiel gegen die umweltschädliche Bebauung des Flugfeldes Baisingen. Doch die Ergenzinger lassen sich keinen Maulkorb verpassen. (Siehe Veranstaltungshinweis!)

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Veranstaltungshinweis



Die Filmvorführung mit anschließender Diskussion findet  
**am 1. Februar 2019,**  
**um 18.30 Uhr**  
**im DRK Haus im Brunntalweg 7**  
statt.  
Die Regisseurin Sabine Winkler wird anwesend sein.

Die Ergenzinger freuen sich auf Ihren Besuch.

„Der Dokumentarfilm bietet nicht nur Zahlen und Fakten. Mit eindrucksvollen Bildern von den Landschaften, die es wahrscheinlich in einigen Jahren nicht mehr geben wird, gelingt es der Pfullingerin, »diesen Wahnsinn« ganz plastisch darzustellen. Statements von Anwohnern, Spaziergängern oder Bürgern, die sich gegen die Bebauungspläne zur Wehr setzen, belegen, dass die Menschen vor Ort in dieser Hinsicht ganz andere Ansichten vertreten als die kommunalen Verwaltungen.“

# Unter Rebellen und Widerständlern

## Oder: Von Austerität und Solidarität

**Kürzlich erreichte uns ein Bericht unseres Griechenlandkorrespondenten Peter Rütten. Eigentlich in Tübingen ansässig und eifriger Leser unseres „Blättle“ lebt er zu einem Teil des Jahres auf einer Ägäisinsel. Wir möchten unseren Lesern diesen Beitrag nicht vorenthalten:**

*Es gibt sie doch – wenn schon nicht die der Seligen, so immerhin die Insel der Roten in der immer bräunlicher schimmernden europäischen See.*

Der Zufall hat meine Partnerin und mich vor nunmehr sieben Jahren hierher verschlagen; auf die in der Östägäis gelegene Insel Ikaria. Mehr als die Hälfte des Jahres verbringen wir seitdem an diesem besonderen Ort.

Ursprünglich sah ich in Ikaria eine attraktive Wanderinsel, bis dann der Altachtundsechziger und Geschichtslehrer in mir ihre historischen und sozialen Besonderheiten entdeckte. In persönlichen Gesprächen und durch nachfolgende Recherchen wurde mir erst so richtig klar, wo ich hier eigentlich gelandet war: Diese Ikarioten scheinen nämlich Rebellion und Widerstand in ihren Genen zu tragen. Ich möchte dies an einigen Beispielen demonstrieren.

Als im 16. Jahrhundert Piratenüberfälle das Leben an den Küsten unerträglich machten, beschloss der harte Kern der Bevölkerung, sich auf die Hochebenen zurückzuziehen. Dort überlebten sie etwa hundert Jahre unter härtesten Bedingungen. Die Insel galt in dieser Zeit als unbewohnt. Dass jenes „Jahrhundert der Verborgenheit“, dem äußeren Zwang gehorchend, besondere Qualitäten des sozialen Zusammenhalts hervorbrachte, scheint auf der Hand zu liegen. Jedenfalls führen die heutigen Inselbewohner ihre im Alltag gelebte Solidarität immer noch auf diese kollektive Erfahrung zurück.

Laut zeitgenössischen Quellen wurde im frühen 17. Jahrhundert hier ein türkischer Kadi, der sich für eine Kopfsteuer einsetzte, die von der Bevölkerung als zu hoch angesehen wurde, auf einer Dienstreise über die schroffen Höhenzüge von seinen Sänfenträgern an einer dafür geeigneten Stelle in den

Abgrund gestürzt. In dem sich daran anschließenden Gerichtsverfahren soll der Richter nach den Tätern gefragt haben, worauf die vor Gericht erschienenen Inselbewohner geantwortet haben sollen: „ouloi emeis efendi“ „Wir alle waren es, Herr.“ Der weise oder



pragmatisch urteilende Richter entschied darauf, die Tat ungesühnt zu lassen. Historiker nehmen an, dass dies die Geburtsstunde der spezifisch ikariotischen Volksvertretung, der sog. **Demogerontia, des Rates der Alten**, gewesen sein könnte.

Auch die Befreiung von der 500 Jahre währenden Besatzung durch das Osmanische Reich vollzog sich auf Ikaria zwar später als in anderen Teilen Griechenlands, aber dafür erklärte sich die Insel 1912 zunächst zum Freistaat, mit einer eigenen Flagge, einem Staatspräsidenten und eigenen Briefmarken. Erst nach einigen Monaten schloss man sich dem neuen Nationalstaat Griechenland an, doch die Fahne, als Symbol der Eigenständigkeit, ist auch heute noch überall präsent.

Eine traurige Berühmtheit erlangte Ikaria während des Bürgerkriegs (1946-1949). So wie auf einige andere Ägäis-Inseln wurden Tausende Angehörige und Sympathisanten der linken „Demokratischen Armee Griechenlands“ auch hierher deportiert. Der wohl bekannteste Gefangene war der berühmte Komponist

Mikis Theodorakis, der zwischen 1947 und 1948 gleich zweimal auf Ikaria interniert war. Obwohl von den Behörden angehalten, Abstand zu wahren, nahmen die Einheimischen die unfreiwilligen Gäste freundlich auf und entwickelten auch Sympathien für deren Ideen. Die Internierten ihrerseits nutzten die Gelegenheit zur politischen Schulung und zu vielfältiger Kulturarbeit, die bei der damals bitterarmen Bevölkerung auf große Zustimmung stieß – was nicht im Interesse der rechten Athener Regierung gelegen haben dürfte.

Wenn bei heutigen Parlaments- und Kommunalwahlen die KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) und Syriza hohe Gewinne verzeichnen können, so dürfte diese linke Gesinnung nicht zuletzt auf Erfahrungen aus dem Bürgerkrieg zurückzuführen sein.

Als nach Auszählung der Stimmzettel bei den jüngsten Bürgermeisterwahlen feststand, dass der kommunistische Bewerber gesiegt hatte, läuteten nachts um eins die Kirchenglocken.

Bei den letzten Parlamentswahlen, im Januar 2015, erzielte die KKE 33,2 % und Syriza 26,4 %. Beim Referendum zur Fortsetzung der Austeritätspolitik, im Juli desselben Jahres, stimmte die Insel sogar mit 79 % für „Oxi“ (Nein). Dies war der zweithöchste Wert in ganz Griechenland. Um so größer war aber auch die Enttäuschung über die Missachtung dieses Votums durch die Regierung Tsipras – fast schon eine moderne griechische Tragödie, wenn-



gleich sie ohne das Ableben eines der Akteure auskommen musste.

Als besonders beeindruckend erleben wir immer wieder den sozialen Zusam-

sammenhalt der Inselbewohner: Als ich vor drei Jahren im Winter bei der Olivenerte geholfen habe, die hier noch weitgehend von Hand erledigt wird, war ich zunächst sprachlos, als mir der Besitzer der Bäume, dem ich eigentlich nur gefällig sein wollte, erklärte, wie man die Arbeit, bei der man auf Freunde und Nachbarn angewiesen ist, untereinander abrechnet:

Der, dem die Bäume gehören, erhält ein Drittel des Ertrags, zwei Drittel gehen dagegen an die Helfer. Eigentlich gerecht und sinnvoll, wenn man die Härte des Erntevorgangs berücksichtigt.

Nach dem Pflücken bringt man die Ausbeute zur örtlichen Ölmühle, und auch hier beobachteten wir ein bemerkenswertes Verhalten: Wer seine Oliven zum Pressen bringt, kann normalerweise entscheiden, ob er den Ölmüller dafür in Geld oder mit einem Teil des gepressten Öls vergütet. Viele der in den letzten Jahren durch die Austeritätspolitik verarmten Ikarioten konnten den Geldbetrag aber nicht mehr aufbringen und zahlten in Naturalform, mit dem Ergebnis, dass die Tanks des Müllers bald randvoll waren und er kein neues Öl annehmen konnte. Er hat dann freilich die Anlieferer nicht abgewiesen, sondern für Gotteslohn gearbeitet.

Als ein weiteres Beispiel für solidarisches Handeln, diesmal der gesamten Dorfgemeinschaft, möchte ich die berühmten Kirchweihfeste (griech. Panygiria) nennen, die auf Ikaria das ganze Jahr über mit großer Leidenschaft begangen werden. Auch diese werden maßgeblich von einem sozialen Grundgedanken getragen. Wenn nämlich die Dorfbewohner und ihre Gäste dem köstlichen Ziegenbraten zugesprochen, vom lokalen Wein getrunken, vor allem aber bis in den frühen Morgen die alten Inseltänze getanzt haben, dann fließen die Einnahmen nicht etwa in private Taschen, sondern werden einvernehmlich für Projekte verwendet, die der örtlichen Gemeinschaft zugute kommen.

Etwas ganz und gar Außergewöhnliches erlebten wir vor einigen Jahren im Dorf Agios Dimitrios. Ich hatte im voraus ein paar flapsige Zeilen geschrieben (s. Kasten). Es kam aber der Neujahrstag selber. Freunde hatten uns eingeladen, an dem

bedeutendsten Ereignis des örtlichen Festjahres teilzunehmen, und so trafen wir uns gegen Mittag mit vielen Ein-

An Neujahr streben wir hinaus;  
Dann zieht man gern von Haus zu Haus,  
Nimmt hier ein Häppchen, dort ein Gläschen,  
Singt, tanzt und treibt auch seine Späßchen,  
Bis satt und glücklich Mann und Frau -  
Dann ist das ganze Dörfchen blau.

wohnern des Dorfes im Gemeindefest, wo der Pope nach salbungsvollen Worten und Gesängen das Neujahrsbrot segnete, das hernach verteilt wurde. Kinder erhielten kleine Geschenke; es wurde musiziert und gesungen. Nach diesem Eröffnungszeremoniell begann der Neujahrsumgang, die sogenannte Kálanta, an der sich ein großer Teil der Bewohner beteiligte. Hierzu standen die Häuser offen und man zog, nach einem für uns undurchsichtigen Zeit- und Streckenplan, von einem zum anderen.



Armenistis auf Ikaria

Beim Eintreffen im jeweiligen Haus stimmten die mitgeführten Musikanten ein traditionelles vielstrophiges Lied an und alle sangen lauthals und freudig mit. Wir haben den Text zwar kaum verstanden, aber uns wurde erläutert, dass es sich um fröhlich-spöttische Verse handelte, die auch an die Situation und die jeweiligen Gastgeber angepasst und durch lustvolles Improvisieren erweitert wurden.

In jedem der Häuser waren die Tische überreich mit kleinen Leckereien gedeckt und auch mit dem vielfach selbst gekelterten Wein wurde nicht gegeizt. Zum Schluss tanzte man und nach etwa zwanzig Minuten zog die Schar weiter zum nächsten Haus. Hierzu muss man wissen, dass sich in Agios Dimitrios die Häuser nicht wie in unseren Dörfern um die Kirche versammeln, sondern weit verstreut in Öl- und Obstgärten in einem zerklüfteten Gelände lie-

gen, so dass oft auch größere Entfernungen zu überwinden waren. Wir haben leider versäumt, mitzuzählen, schätzen aber, dass wir im Laufe des Nachmittags und der Nacht in mindestens vierzig Häusern zu Gast waren.

Nach ihrer Heimsuchung zogen die entsprechenden Hausbe-

wohner übrigens selber mit, so dass der Zug immer länger wurde und gegen Ende nur noch ein kleinerer Teil in den Wohnungen Platz fand; aber wer vor der Tür bleiben musste, wurde trotzdem von innen versorgt und vergnügte sich auf seine Weise. Nach einigen Stunden vermochte man zwar kaum mehr auf den Beinen zu stehen, aber ich habe bis morgens um vier durchgehalten, konnte danach vor Gefühlsüberschwang nur schwer einschlafen und weder ich noch das Dörfchen waren, wie fälschlich angenommen, "blau".

Es ist bemerkenswert, dass sich neben den zu erwartenden älteren Griechen auch sehr viele Jugendliche und Kinder am Umzug beteiligten und dass einige der Gastgeber zu den auf der Insel nicht eben seltenen, hochverehrten Neunzig- und Hundertjährigen gehörten. Auch Größe und Ausstattung der Häuser reichte von der ärmlichen Wohnküche bis zur vergleichsweise geräumigen und aufwendig möblierten Villa.

Der beschriebene Brauch existiert auch in anderen Dörfern Ikaras, aber dort besucht man sich wohl nur innerhalb abgegrenzter Familien- und Freundeskreise. Dass sich alle Dorfbewohner in derart egalitärer Form daran beteiligen, ist hingegen eine Besonderheit von Agios Dimitrios, und seine Bewohner sind zu Recht sehr stolz auf diese jährlich stattfindende Bestätigung ihres Gemeinwesens. Wir hatten den Eindruck, dass sie es diesmal auch noch zur trotzig-stolzen Selbstbehauptung in krisenhafter Zeit nutzten. Und bei aller unverhohlenen, damals so genannten Merkosity-Antipathie, begegnete man uns als Ξένη (den Fremden) überaus freundlich und vorurteilslos.

Peter Rütten, Ikaria

(Fortsetzung folgt.)

# Grüne verhindern dreifachen Nutzen gebührenfreier Kitas

## SPD beginnt Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren

**Rund zwei Millionen Euro zahlen Rottenburgs Eltern jährlich für die Betreuung ihrer Kinder in städtischen und kirchlichen Einrichtungen. Eine Stange Geld, das gerade jungen Familien und vor allem Alleinerziehenden oft fehlt, wie auch die Armutsstatistik belegt.**

„Kinderarmut kann man kleinreden oder groß bekämpfen“, tönnten die Grünen im Bundestagswahlkampf 2017 – und hatten vier Wochen danach ihr Maulheldentum wieder vergessen. Aufgrund des großen Drucks von Eltern und Bildungsverbänden hat die Bundesregierung jetzt ein „Gute-Kita-Gesetz“ beschlossen und den Ländern fünf Milliarden Euro für Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Zehn Maßnahmen sind damit möglich, vom Ausbau über Qualifizierungsmaßnahmen und kostenfreie Ausbildung von Erzieherinnen (endlich!) bis zur Gebührenfreiheit. In einigen Städten in Baden-Württemberg wie Mannheim, Heilbronn, Künzelsau und in fünf Bundesländern wurde die Gebührenfreiheit längst durchgesetzt.

### Maulheldentum der Grünen

Doch in Rottenburg herrscht eine Beton-Mentalität von CDU, SPD und Grünen: Obwohl die Grünen im Haushalt seit Jahren keinen einzigen Antrag zur Qualitätsverbesserung stellen, spielen sie gute Qualität in Kitas gegen Gebührenfreiheit aus: **„Die Qualität der Kindertagesstätten ist uns Grünen wichtiger als Gebührenfreiheit.“** (Lena Mager). Dabei hat Baden-

Württemberg bundesweit den besten Personalschlüssel!

Vor kurzem wollten die Grünen eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen von mehr Gewerbegebieten (Galgenfeld) abhängig machen. Jetzt verwies Jörg Bischof die Gebührenfreiheit als „Fernziel“ auf den Sankt-Nimmerleinstag und spielte sie gegen notwendige Investitionen in Sanierungen von Schulen und VHS aus. Sie sei finanziell „nicht darstellbar“ – nachdem die Grünen die Anhebung der Gewerbesteuer gerade abgelehnt hatten! Bundesweit würde die Gebührenfreiheit 730 Mio. Euro kosten (Dt. Städtetag) – die grüne Finanzministerin Sitzmann hat in Stuttgart gerade zwei Milliarden Euro Steuerermehreinnahmen als „Reserve“ zurückgestellt! Jahrelang hatte die grüne Landesregierung die Landeszuschüsse für Kitas auf 529 Mio. Euro gedeckelt, so dass bei steigenden Kinderzahlen der Zuschuss pro Kind immer geringer wurde.

**DIE LINKE** hatte einen Antrag auf Gebührenfreiheit für die Regelbetreuung von 30 Stunden gestellt, so wie sie Hessens CDU-Ministerpräsident Bouffier bereits verwirklicht hat. Er wies die Kritik zurück, dass auch wohlhabende Eltern entlastet werden. Wer dies behauptete, müsse auch den kostenlosen Schulbesuch infrage stellen. Weil Hessen neben der Gebührenfreiheit auch Geld für Ausbildung, Vertretungskräfte, mehr Fachpersonal und den Kita-Ausbau bereitstellt, sprach Al-Wazir (Grüne) von einem gelungenen „Dreiklang“.

### Dreifacher Nutzen gebührenfreier Kitas

Die Grünen im Ländle verhindern mit ihrer Blockade nicht nur eine effektive Bekämpfung von Kinderarmut, denn Kinder ohne gute Bildung haben kaum Chancen, aus ihrer (unverschuldeten) Situation und dem Teufelskreislauf von sozialer Armut und Bildungsarmut herauszukommen. Die Grünen verhindern auch das beste Mittel, Kinder von Geflüchteten zu integrieren, denn der frühe Besuch von Krippen und Kitas ist eine entscheidende Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen und integriert zu werden. Im Kern wird durch die Gebührenfreiheit für Kinderbetreuung das Grundrecht auf Bildung von Anfang an durchgesetzt. Denn seit dem Orientierungsplan für Kitas (2011) sind Krippen und Kitas offiziell Teil des Bildungssystems.

Jetzt startet die Landes-SPD eine Unterschriftensammlung für gebührenfreie Kitas, um dies mit einem Volksbegehren durchzusetzen. Es wird sich zeigen, ob die Landes-SPD diese Kampagne nur zu Wahlkampfzwecken missbrauchen will oder ob es ihr ein ernstes Anliegen damit ist. Die Rottenburger SPD hat sich jedenfalls mit ihrer erneuten Ablehnung der Gebührenfreiheit selbst ein Bein gestellt.

**DIE LINKE** wird die Unterschriftensammlung aktiv führen – weil es uns um die Sache geht!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

---

## DIE LINKE Tübingen und Heike Hänsel, MdB laden ein zum



Neujahrsempfang  
der Tübinger LINKEN mit

**Dr. Gesine Löttsch**

Stellvertretende Vorsitzende

der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Montag, 21.01.2019

Beginn 19.00 Uhr, Einlass 18.30 Uhr

Gemeindehaus Lamm

Am Markt 7, 72070 Tübingen

**DIE LINKE.**

## 39. Ökumenische Friedensdekade in Rottenburg

**Das Motto der letztjährigen Friedensdekade „Krieg 3.0“ machte auf die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung der Waffensysteme aufmerksam. Robotik und künstliche Intelligenz bringen „Fort-schritte“ in die Militärtechnologie und prägen künftig die Kriegssituation. Doch eine öffentliche Diskussion zu ethischen Problemen dazu gibt es bisher kaum.**

Schießende Roboter fragen nicht nach dem 5. Gebot „Du sollst nicht töten“. Diese automatisierten Waffensysteme bedeuten die dritte Revolution in der Kriegsführung (Krieg 3.0). Sie haben kein Gewissen, operieren im rechtsfreien Raum, denn die UN-Mitgliedsstaaten konnten sich bisher nicht auf völkerrechtliche Regelungen für die Entwicklung und den Einsatz autonomer Waffensysteme einigen.

Innerhalb der 39. Ökumenischen Friedensdekade vom 11. - 21. November 2018 fanden in Rottenburg über ein Dutzend Veranstaltungen statt; drei werden im Folgenden näher beleuchtet.

Der katholische Sozialethiker Johannes Frühbauer sprach in seinem Vortrag über **„Kampfdrohnen, Killerroboter und automatisierte Waffensysteme“**. Kriege seien zwar Realität, dürften aber keinesfalls als „moralfreie Zone“ betrachtet werden, so Frühbauer. Er erläuterte wertungsfrei die Argumente, die für den Einsatz von automatisierten Drohneinsätzen sprechen: „Positiv“ sei zu werten, dass die Zielgenauigkeit besser sei und damit die „Kollateralschäden“ geringer, das Risiko für die Soldaten kleiner, die Kriegsführung kostengünstiger.

Automatisierte Waffen können aber auch die Opfer erniedrigen, indem Soldaten - vom Joystick aus - ihre Gegenüber nicht als Menschen wahrnehmen. Es brauche, so Frühbauer weiter, einen engen ethischen Rahmen und die Verantwortlichkeit des „Soldaten 3.0“, beispielsweise Befehle zu verweigern, müsse neu bewertet werden.

Die ZuhörerInnen waren sich einig, dass ein Verbot der automatisierten Waffensysteme für alle Länder gefordert werden müsse. Hierbei sollten alle Verantwortung übernehmen: ForscherInnen, PolitikerInnen und ihre Wäh-

lerInnen. Ethische Maßstäbe müssen entwickelt werden, damit kein moral-freier Raum sich weiter durchsetzt.

Die Grundsatzfrage verlangt eine Antwort: Dient Digitalisierung und Automatisierung dem Menschen? Gefährlich wird die künstliche Intelligenz im militärischen Bereich, wenn es um autonome Waffen geht, die letztlich Entscheidungsfreiheit haben. Sie können so programmiert sein, dass sie ohne menschliches Zutun entscheiden, ob



und wen sie töten. Diese voll autonomen Waffen haben keine Fernsteuerung mehr, über Algorithmen entwickeln sie selbst Intelligenz und handeln selbstständig.

Über **„Atomwaffen für Deutschland...“** sprach der Genfer Journalist und Buchautor Andreas Zumach. Wie immer war die Veranstaltung gut besucht und bot Stoff für eine rege Diskussion.

In Deutschland, im pfälzischen Büchel, lagern immer noch US-amerikanische Atomwaffen und nicht nur Andreas Zumach kritisiert, dass die Bundesregierung den Beschluss des Parlaments, auf Atomwaffen zu verzichten, nicht umsetzt. Die Bundesregierung will, so seine Feststellung, weiterhin an der nuklearen Teilhabe der NATO-Strategie festhalten. Und dies obwohl im Juli 2017 133 Staaten in der UNO-Generalversammlung das Abkommen auf Verzicht von Atomwaffen unterzeichnet haben. Gleichwohl wachse die Verantwortung der Bundesregierung

mit ihrem Sitz im UN-Sicherheitsrat. Unbefriedigend sei auch die Arbeit des Bundessicherheitsrates. Er entscheidet u.a. streng geheim über US-Atomraketen auf deutschem Boden.

Auch die Absicht der Großmächte, „smarte“ (kleine, transportable) Atomwaffen zu bauen, führe zu einem neuen Rüstungswettlauf.

Eine mögliche Antwort, dieser Militarisierung entgegenzutreten, sieht Andreas Zumach im Wiedererwachen einer breiten öffentlichen und parlamentarischen Debatte. Des weiteren sollten BürgerInnen Abgeordnete mehr in die Verantwortung nehmen und auf die Probleme ansprechen. So könne Druck gemacht werden auf die Bundesregierung, das Abkommen zum Verzicht auf Atomwaffen zu unterzeichnen.

Einen ganz anderen Zugang zum Thema „Krieg 3.0“ versprach der Abend **„Lieder von Widerstand und Frieden - Aus 200 Jahre Liedermacherei mit Texten und Bildern“**. Ingo Andruschkewitsch bewegte mit seinen Liedtexten und seinem Gitarrenspiel die ZuhörerInnen. Alte, doch immer noch aktuelle Lieder wie „Ich bin Soldat“ oder Boris Vians „Le Deserteur“ standen neben neueren Songs von den Kinks, Emerson, Lake & Palmer oder Marillion.

Walter Bertsch unterstrich und erweiterte mit eindrucksvollen Bildern und Zwischentexten die Liedbotschaften. Große Begeisterung im zahlreichen Publikum war die Reaktion auf diesen eindrucksvollen Abend.

Die letztjährige Friedensdekade, wie immer veranstaltet von den drei Rottenburgern Kirchengemeinden und weiteren Mitveranstaltern, bot ein besonders reichhaltiges Programm, sie hat mittlerweile ihren festen Platz im kirchlichen und kommunalen Jahr und erreicht seit Jahren ein ständig wachsendes Publikum.

Die kommende Friedensdekade steht unter dem Motto *„friedensklima“* und findet vom 10. - 20. November 2019 statt.

**Eberhard Diez, Reinhold Gieringer**  
Rottenburg

# Vom Nick-Negerle und den Nick-Neherles

## Was verbindet die Wallfahrtskirche im Weggental mit dem Rathaus?

**Viele Gläubige, aber auch Ungläubige, werden sich noch an den Kreuzzug gegen das unschuldige Nick-Negerle in der Wallfahrtskirche im Weggental besinnen.**

Wir rekapitulieren:

Die Ursprünge des Glaubensortes gehen bis in das Jahr 1450 zurück, können hier aber unmöglich im Detail referiert werden. 1521 ist die Glaubensstatt im Weggental baulich beurkundet und ist aus dem kirchlichen Leben Rottenburgs und seiner Diözese nicht mehr hinwegzudenken. *Wallfahrtskirche zur Schmerzhaften Mutter Gottes* lautet ihr richtiger Name.

1919 wurden im Weggental eine Franziskanerbruderschaft ansässig, doch 2016 war dann Schluss damit, und es folgten die Patres vom Orden der Tereesianischen Karmeliten aus der indischen Provinz Andhra-Pradesh. Ab dem 19. Jahrhundert durfte sich die Kirche zur Weihnachtszeit mit einer wunderbaren Krippenlandschaft schmücken, einem vielgestaltigen Kunstwerk, das auch in unseren Tagen zu gegebener Zeit zwischen Weihnachten und dem Fest der *Heiligen Drei Könige* noch zu bewundern ist.

Über den sehr schönen Krippenkosmos wäre nicht weiter zu berichten, wenn es diese zu Besinnung mahnende Einrichtung in den letzten Jahren nicht doch in die Berichterstattung der nationalen und internationalen Presse, ja so gar ins Südwest-Fernsehen geschafft hätte. Stein des Anstoßes war und ist das sogenannte *Nick-Negerle*, das in postkolonialer kontrastreicher Anmutung mit schwarzer Haut - modelliert aus Gips oder heimischem Keuper - und aufgedunsenen Lippen (nur rassistische Zungen sprechen von

„Negerlippen“) nachhaltig und mit dem Kopf nickend und bettelnd um eine einträgliche milde Gabe bittet, Einkünfte, die in aller Regel Unterprivilegierten in Indien, Afrika oder Lateinamerika - so heißt es - zugutekamen.

Vor etwa zehn Jahren war die ethnologische und postkoloniale Entrüstung über das Kunstwerk mit negroidem Einschlag so gravierend und heftig, dass der kunstvolle Bettler im Dienste des Geldes und des Glaubens für viele Jahre - aber heimlich! - aus der Krippenlandschaft entfernt werden musste, vorübergehend ersetzt durch einen unanfechtbaren weißhäutigen Bittsteller, augenscheinlich mitteleuropäischer Provenienz. Aber nach langen inneren Kämpfen im Klerus darf das *Nick-Negerle* wieder am angestammten Platz nicken. Gläubige und Ungläubige danken seither für die höhere Einsicht und der damit verbunden Wiedergutmachung!

Doch weiter:

Im Gemeinderat zu Rottenburg da gibt es in diesem kulturellen und politischen Zusammenhang Entwicklungen und Konvergenzen zu beobachten, die ganz ohne Frage auch an die problembehafteten Ereignisse oder die ambivalente Ikonografie im Weggental erinnern.

Im Rathaus funktioniert bekanntermaßen nicht nur eine Große Koalition von CDU und SPD, oft mit zugeschalteten

Grünen, nein, auffallend und unübersehbar sind parteiübergreifende *Nick-Neherles*, die dem Oberbürgermeister, komme, was da wolle, stoisch die Stange halten. So geschehen bei der Abstimmung über den Haushalt der Stadt, der Verschwendung von Gutachten-Geldern, dem teuren Missbrauch des DHL-Geländes als Deponie oder der beklagenswerten babylonischen Teuerungsrate bei der Rathausrenovierung.

Auch bei der geplanten Gewerbeansiedlung wurde im Gemeinderat mit ganz wenigen Ausnahmen genickt, genickt und genickt - und erst jetzt, nachdem die Bürger in Sachen Gewerbeansiedlung auf dem Galgenfeld zu 70% gesagt

haben *nicht mit uns*, und die überwältigende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler nicht mitgenickt hat, hat sich bei den Nickern so etwas wie Genickstarre eingestellt. Erst jetzt, bußfertig und aufgeschreckt durch den Bürgerentscheid, wird behauptet, es war ja alles nicht so gemeint mit dem Nicken, dem Raubbau an der Natur und der Entmündigung des Bürgers.

Aber bald sind ja Gemeinderatswahlen und da werden die *Nick-Neherles* (zunächst) auf originäre Selbstständigkeit abheben wollen, auf die demokratischen Tugenden des Mitdenkens und Mitverantwortens - und eben des eingeschränkten Mitnickens. Ich freue mich auf diesen kommenden Wandel in Sachen weniger Nicken.



**Dr. Christian Hörburger**

Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau



Foto: N. Kern



**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Pass auf, was du sagst! - Deine Worte entlarven dich!

Das Unwort des Jahres 2018 ist „Anti-Abschiebe-Industrie“. Es wurde vom CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt im Mai 2018 kreiert.

Ob das Auswahlgremium des Unworts mehr oder weniger eine private Veranstaltung ist, spielt dabei keine Rolle. Es geht nicht um die Form der Auswahl sondern um ein Wort bzw. um einen Begriff, dessen Gebrauch den Umständen nicht angemessen ist, auf Menschenverachtung

schließen lässt und rücksichtslosen Zynismus auf den Punkt bringt. Es geht nicht um Zensur und Gesinnungsterror einer - linken - Sprachpolizei. Es geht darum, zur kritischen Betrachtung unseres Sprachgebrauchs anzuregen. Was drücken wir - und andere - wie und mit welcher Absicht aus?

Unwidersprochen ist der Zusammenhang zwischen Sprechen, Denken und Handeln. Wer mit seiner Sprache andere lächerlich macht, bestimmte Handlungen diffamiert, der ist nicht nur ein verbaler Brandstifter. Es liegt nahe, dass den Worten auch Taten folgen können, die sprachlich vorbereitet

werden. Es ist also nicht falsch, auf den Sprachgebrauch zu achten, denn er ist Indikator und ein Vor-Warnzeichen.

Eine freie Gesellschaft ist nicht durch Verlotterung der Sprache gekennzeichnet und der Hinweis auf unangemessenen und falschen und menschenverachtenden Sprachgebrauch hat mit Zensur nichts zu tun. Der Hinweis auf den Gebrauch von „Unwörtern“ ist kein linker Sprachterror!

Natürlich kann man sich mal im Wortgefecht in

der Wortwahl vergreifen und entschuldigend den Begriff zurücknehmen. Wenn aber die Verwendung eines Wortes zum Leitbegriff wird, dann liegt nahe, dass er Ausfluss des Denkens ist.

Dobrindt wollte mit seinem Ausspruch gegen das Recht auf Asyl polemisieren und gegen den Rechtsstaat hetzen. Es scheint nicht ins Bewusstsein dieser Hetzer gedrungen zu sein, dass selbstverständlich in einem Rechtsstaat auch staatliches Handeln überprüft werden kann und ggf. staatliche Maßnahmen zurückgenommen werden müssen. Der Grundsatz, dass staatliches Handeln an

Recht und Gesetz gebunden ist, ist ihnen wohl fremd.

Drohungen gegen Anwälte, die ihren Mandanten, die sich auf Grundrechte im Grundgesetz berufen, zu ihrem Recht verhelfen wollen, zuletzt gegen eine Anwältin in Frankfurt, die im NSU-Prozess verteidigte, ist Ausfluss dieser Haltung.

Wie Sprache funktioniert zeigt Tübingens OB Palmer. Das von ihm verwendete Wort „Menschenrechtsfundamentalismus“ wird jetzt von ihm relativiert. Der Begriff steht an zweiter Stelle hinter „Anti-Abschiebe-Industrie“. Er gebrauchte ihn in der Debatte um die Seenotrettung von Flüchtlingen.

In einer Mitteilung der Sprachkritischen Aktion heißt es, dass Menschenrechte fundamentale Rechte seien, deren Verteidigung mehr als eine bloße Gesinnung sei, die als „Fundamentalismus“ diskreditiert werden könne.

Nach der Provokation folgt der Rückzug Palmers: „Nun sehe ich durchaus ein, dass der Begriff so leicht falsch zu deuten ist, dass es nicht klug war, ihn zu verwenden.“

Also: Pass auf, was du sagst ... und was du schreibst, denn deine Worte ...

Norbert Kern, Wendelsheim



### Termine:

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad**

Samstag, 19. Januar 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**

Mittwoch, 23. Januar 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

**Diskussion zum Kommunalwahlprogramm der LINKEN**

Mittwoch, 6. Februar 2019, 19.00 Uhr, AWO-Heim, St.Moriz-Platz 7

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad**

Samstag, 23. Februar 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**

Mittwoch, 27. Februar 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

### Kontakt zu linksjugend rottenburg:

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

**Redaktionsschluss** für die Januar-Ausgabe: **Freitag, 18. Januar 2019**

# DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

### Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



### Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



### V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg  
Eichendorffstr. 49

